

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 15. Ratssitzung vom 10. September 2014

341. 2013/88

Postulat von Guido Hüni (GLP), Isabel Garcia (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2013:

Verzicht auf die Verwendung von Fleisch aus in- und ausländischer Massentierhaltung in den städtischen Verpflegungsbetrieben sowie vermehrtes Angebot an vegetarischen Menüs

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Guido Hüni (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3720/2013): Die Bevölkerung isst sehr viel Fleisch. Um diese Tiere zu mästen, müssen in grossen Mengen Futtermittel eingeführt werden. Der Importanteil für Fleisch liegt bei rund 50 %. Der Anteil von Futtermittelimporten ist aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht problematisch. Wir müssten den Fleischkonsum um 50 % senken. Massentierhaltung behandelt Tiere als Maschinen. Dies bedeutet unwürdige Bedingungen für die Tiere. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung trägt viel zur Klimaerwärmung bei. Biologische Landwirtschaft ist bei richtiger Umsetzung ökologischer, aber teurer. Dieses Postulat fordert, dass die städtischen Verpflegungsbetriebe auf Fleischprodukte aus Massentierhaltung verzichten und stattdessen Fleisch mit dem Label Bio Suisse oder strengeren Labels verwenden. Die Verpflegung soll vermehrt durch vegetarische Ernährung substituiert werden. Dadurch soll einerseits der teilweise Verzicht auf Fleisch gefördert werden und andererseits die CO₂-Reduktion begünstigt werden. Die Menschen können weiterhin essen, wo sie wollen. Auf die Betriebe kommen auch keine neuen Aufgaben zu, die sie nicht bewältigen könnten. Viele Betriebe müssen sich an Vorgaben halten.*

***Tamara Lauber (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 27. März 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Durch diesen Vorstoss sollen sowohl die Unternehmen als auch die Konsumentinnen und Konsumenten bevormundet werden. Wenn jemand gerne Fleisch isst, dann haben die Kosten auf seinen Fleischkonsum keinen Einfluss. Diese Regulierungen sind nicht zielführend. Es ist fraglich, ob sich die GLP an ihre eigenen Grundsätze hält. Bei diesem Vorstoss handelt es sich um ein Misstrauensvotum gegen die städtischen Unternehmen. Diese Unternehmen wissen, was die Ziele der Stadt sind.*

Weitere Wortmeldungen:

***Rolf Müller (SVP):** Bio ist ein Modewort. Bereits vor Jahren kochten unsere Mütter vegetarische Gerichte, die Menschen lebten ihren Alltag zufrieden. Biologische Produkte bedeuten vor allem einen Mehraufwand. Wir sollten uns darauf besinnen, dass wir bereits jetzt die Möglichkeit haben, uns ökologisch zu ernähren. Jeder muss selber entscheiden, wie gesund er seine Gäste verpflegen will. Vegetarische Menüs werden be-*

reits überall angeboten.

Roger Liebi (SVP): Dieser Antrag ist bevormundend. In dieser Stadt versucht die Politik die Menschen umzuerziehen. Diese Umerziehung ist nicht tragbar. Wenn die Tageschulen häufiger werden, werden die Kinder in der Schule vegetarisch essen müssen. Der Staat soll die Menschen nicht erziehen.

Sylvie Fee Matter (SP): Es besteht Einigkeit darüber, dass die Massentierhaltung den CO₂-Ausstoss erhöht. Auch steigt der Wasser- und Energieverbrauch, es gibt Medikamentenspuren im Fleisch. Die Tiere haben miserable Lebensbedingungen. Die Stadt soll als gutes Beispiel vorangehen. Dieses Postulat fordert kein Verbot von Fleischmimus, es sollen zusätzlich Alternativen angeboten werden.

Markus Kunz (Grüne): Dieser Vorstoss führt zu einer Erhöhung des Angebots. Die Menschen können sich auch vegetarisch ernähren, müssen dies aber nicht. Es wird auch niemand gezwungen, sich in diesen Verpflegungsbetrieben zu ernähren.

Alexander Jäger (FDP): In diesem Postulat wird nicht vorgeschrieben, dass Gemüse oder Milchprodukte aus biologischer Produktion eingekauft werden müssen. Die Betriebe werden auf diese Möglichkeit ausweichen, damit sie das teurere Fleisch zahlen können. Es ist problematisch, wenn Menschen anderen Menschen vorschreiben wollen, was sie tun sollen.

Isabel Garcia (GLP): Es handelt sich um ein Postulat, also um eine Anregung. Biologisches Fleisch ist besser für die Tiere, die Umwelt, das Klima, die Menschen und die Gesundheit.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Dieses Postulat ist überflüssig. Vernünftige Menschen ernähren sich auch vernünftig. Dieses Postulat zeigt die Bevormundungsstrategie der GLP.

Simon Kälin (Grüne): In diesem Postulat geht es um unsere Zukunft. Wenn wir die Bedeutung des Fleischkonsums auf das Klima betrachten, dann wird klar, weshalb hier eine entsprechende Vorgabe notwendig ist. Im Tierwohl liegt eine der grössten Zukunftschancen der Landwirtschaft. Die kleinen Bauern können im Gegensatz zu den Grossbetrieben gut auf das Tierwohl achten. Auch in den USA entscheiden sich die Menschen zunehmend für biologische Produkte.

Urs Fehr (SVP): Das Tierwohl liegt mir am Herzen. Dieses Postulat ist jedoch bevormundend und nicht zielführend. An der Massentierhaltung wird sich nichts ändern.

Guido Hüni (GLP): Ich habe erwartet, dass diese Debatte emotional geführt würde. Manche Teilnehmer haben offenbar überreagiert. Es handelt sich um keine Bevormundung.

3 / 3

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Unsere Vorfahren haben nicht so viel Fleisch gegessen. Wir sind bereit, dieses Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen. Es gibt bei der Umsetzung einige Schwierigkeiten. Eine schrittweise Umsetzung erscheint zielführender, die Leute sollen nicht überrumpelt werden. In den meisten Alterszentren gibt es vegetarische Tage. Die Leute sollen selber wählen dürfen.*

Das Postulat wird mit 72 gegen 41 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat